

„Fixiert auf Erwerbsarbeit“

Ulrich Mückenberger über ein Zeitbudget für Sorgetätigkeiten und Weiterbildung

Ulrich Mückenberger (75)

ist Forschungsprofessor für Rechts- und Politikwissenschaften am Zentrum für Europäische Rechtspolitik der Uni Bremen. Er arbeitet im Sonderforschungsbereich zu Globaler Sozialpolitik und ist spezialisiert auf Arbeitsrecht.

Herr Mückenberger, Sie fordern, dass jedem bis zu neun Jahre lang eine berufliche Auszeit zustehen sollte. Das ist ein Vorschlag für eine radikale Veränderung. Worum geht es Ihnen?

Ulrich Mückenberger: Es geht darum, dass Männern wie Frauen größere Zeiten für Kinderbetreuung, Pflege alter Menschen oder für Fortbildungen und Nachbarschaftshilfe bekommen sollten. Wir sind fixiert auf Erwerbsarbeit, das müssen wir durchbrechen. Sorge- und Pflegetätigkeiten werden oft nicht bezahlt und nicht genug wertgeschätzt. Wir haben immer noch die Vorstellung, dass richtige Arbeit im Büro oder in der Fabrik stattfindet.

Wie sieht das Modell aus, das Sie mit dem Deutschen Jugendinstitut vorschlagen?

Viele Menschen stecken in einer Zeitklemme. Die Sorge ums Gemeinwohl ist immer in einer Zwangsjacke, daraus wollen wir sie befreien. Wir stellen uns vor, dass alle Menschen in Deutschland über ein Zeitbudget von neun Jahren verfügen, das sie zum Beispiel für Sorgearbeit oder Weiterbildung nutzen können.

Wie könnte das konkret aussehen?

Jeder bekäme ein Optionszeiten-Konto. Diese Zeitkonten würden von einem zentralen Institut verwaltet – in Frankreich gibt es schon ein ähnliches Institut, an dem man sich orientieren könnte. Wenn dann zum Beispiel ein 40-jähriger Mann seine alte alleinstehende Mutter drei Jahre lang pflegen möchte, könnte er in dieser Zeit in Teilzeit arbeiten und müsste weder fürchten, dass er seinen Job verliert, noch dass er seinen Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten kann. Oder eine 30-jährige Verkäuferin, die beruflich einen Durchstart nachholen möchte, könnte sich zum Beispiel drei Jahre lang zur Informationselektronikerin weiterbilden und müsste in dieser Zeit nicht oder nur wenig arbeiten.

Wovon würden diejenigen, die so eine Auszeit nehmen, währenddessen leben?

Wer in seiner Auszeit nachweislich etwas tut, das der Gesellschaft nützt, würde nach unserem Modell während dieser Zeit weiter zwei Drittel seines bisherigen Gehalts vom Staat bekommen. Eine solche Freistellung zu gemeinnützigen Zwecken sollte nicht nur für Begüterte möglich sein: Wer zuvor arbeitslos war oder sich durch Minijobs finanziert hat, sollte 200 Euro mehr bekommen als der Hartz-IV-Satz. Wir sprechen von einem sogenannten situativen Grundeinkommen.

So ein Modell würde sehr viel Geld kosten. Wie stellen Sie sich die Finanzierung vor?

Wir unterteilen in drei Kategorien von Freistellung: erstens die Auszeit für gemeinnützige Zwecke wie Pflege, Kinderbetreuung oder Nachbarschaftshilfe. Die sollte der Staat finanzieren. Zweitens die Auszeit für berufliche Weiterbildung, die nicht nur Arbeitnehmern, sondern auch Firmen zugutekommen würde, und die darum von Betrieben finanziert werden sollte. Und die Auszeit für eigene Projekte, wenn ein Arbeitnehmer zum Beispiel ein Sabbatical machen will und eine Weltreise plant. Das müsste er oder sie selbst finanzieren.

Wer genug Geld auf dem Konto hat, kann sich auch jetzt eine Auszeit nehmen und sich weiterbilden oder eine Weltreise machen.

Ja, aber er muss dafür seinen Job kündigen. Wir stellen uns vor, dass ein Arbeitnehmer



Für Kindererziehung, die Pflege Angehöriger, aber auch für Weiterbildung sollte jeder Auszeiten nehmen können, sagt der Bremer Professor Ulrich Mückenberger. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

eine Auszeit nehmen, eine Reise machen und danach in seinen Job zurückkehren kann.

Viele dürften der Auffassung sein, das ist ein Plan durchgeknallter Wissenschaftler, der zudem riesige Summen an Steuergeldern verschlingt. Wie begründen Sie Ihren Vorschlag? Ja, man müsste sehr viel Geld in die Hand nehmen. Aber das würde durch sehr große gesellschaftliche Vorteile kompensiert. Wir haben derzeit ein Ungleichgewicht, es gibt eine richtige Care-Krise, eine Krise der Sorgearbeit. Wie stark verschiedene Gruppen darunter leiden, sieht man gerade in der Corona-Zeit, zum Beispiel wenn man an die Menschen in Seniorenheimen denkt. Wenn Angehörige sich Auszeiten für Pflege nehmen könnten, würde das zum Beispiel das Problem der fehlenden Pflegekräfte verkleinern. Wenn wir Menschen mehr Zeit für wichtige Tätigkeiten jenseits des Jobs geben, wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt.

Ist Ihr Vorschlag eigentlich eine Utopie, oder halten Sie das für tatsächlich umsetzbar?

Auch jetzt gibt es ja bereits Möglichkeiten der beruflichen Freistellung wie zum Beispiel Elternzeit oder das Recht auf 14 Tage Bildungsurlaub in zwei Jahren. Wir knüpfen an solche Optionen im geltenden Recht an, gehen aber deutlich darüber hinaus. Unser Modell ist eine Utopie für ein besseres Leben. Wir erwarten nicht, dass das jetzt direkt so umgesetzt wird. Man sollte aber wissen, dass das Bundesarbeitsministerium unser Forschungsprojekt mit 150 000 Euro fördert. Man hält das Thema dort also für relevant. Und wir werden einen Stufenplan vorlegen, wie man erste Schritte gehen könnte. Man sollte als erstes besonders dringliche Auszeiten im Gesetz verankern – zum Beispiel für Alleinerziehende und für Menschen, die sich digital fortbilden oder die ihre Angehörigen pflegen.

Das Gespräch führte Sara Sundermann.